Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 46 (1952)

Heft: 3-4

Artikel: Die kopernikanische Wendung der modernen Gewaltpolitik zur modernen Gewaltlosigkeit

Autor: Koch, Nikolaus

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139636

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Indios nicht ändert, bleiben die Anstrengungen auf allen andern Sektoren zwecklos. Dazu aber ist eine Lösung des Latifundienproblems nötig. Das ist kein agrartechnisches Problem, sondern bedeutet die Liquidierung des kolonialen Feudalismus. Im Lande (wie fast in ganz Südamerika) fehlt eine wirkliche Kapitalistenschicht. Es herrscht eine Gruppe feudaler Landherren, die sich den Anschein einer Bourgeoisie geben, während auf ihren ausgedehnten Ländereien die Indios in einer fast sklavenähnlichen Abhängigkeit leben.

Alles, was Mariategui von der *Untrennbarkeit des Problems der Erde und des Indios* in Peru sagt, trifft auf Guatemala zu. Die Indios sind auch hier eine Rasse von Ackerbauern, und ihre Kultur war die des Ackerbauers. Auch in Guatemala haben die kolonialen Formen der Inquisition und des Feudalismus einen kulturellen und wirtschaftlichen Stillstand der Indios, die jahrhundertelang in Sklaverei und Elend gehalten wurden, herbeigeführt. In Guatemala, wie in fast ganz Südamerika, ist der Indio, trotz aller liberalen Gesetzgebung, kein Individualist geworden. Nicht etwa, weil der Indio dem Fortschritt feindlich gegenübersteht, sondern weil der Individualismus für den Indio (und das ist die Mehrheit der Bevölkerung!) unter einem halbfeudalen System keine Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Seine Dorfgemeinschaften waren im Gegenteil für ihn der einzige, wenn auch recht schwache Schutz seiner Eigenart.

Man muß mit Elementen des wissenschaftlichen Sozialismus die Formen der Indiogemeinschaften achten und anregen, sich weiterzuentwickeln, damit sie in landwirtschaftliche Kooperative übergehen. Eine wohldurchdachte, nicht überstürzte Agrarreform, die den tatsächlichen Verhältnissen des Landes gerecht wird, ist die große Aufgabe, der die neue Regierung gegenübersteht. *R. Caltofen*

Die kopernikanische Wendung der modernen Gewaltpolitik zur modernen Gewaltlosigkeit

Wir bringen hier das *erste* Kapitel einer Broschüre zum Abdruck, deren Titel *«Die moderne Revolution,* Gedanken der gewaltfreien Selbsthilfe des deutschen Volkes» lautet, und deren Verfasser, Dr. Nikolaus *Koch,* ein deutscher Kriegsinvalider ist. Die Broschüre kann beim Verlag «Die Mirne», Tübingen, bezogen werden. Die sieben weiteren Kapitel beschäftigen sich mit folgenden Grundfragen: «II. Der deutsche Zwang zur gewaltlosen Selbsthilfe. III. Die gewaltlose Revolution. IV. Das Christentum und die gewaltlose Revolution. V. Der Liberalismus und die gewaltlose Revolution. VI. Der Sozialismus und die gewaltlose Revolution. VII. Die Hilfe der Frauen. VIII. Der Anfang.»

Wir empfehlen unsern Lesern die Lektüre dieses Büchleins, das uns das Gewaltlosenproblem von der konkreten Situation Deutschlands her beleuchtet, angelegentlich. Sie bildet einen Ausgangspunkt grundsätzlicher Beschäftigung und Durchdringung dieses brennenden Problems. Diese Schrift ist eine beachtenswerte Stimme aus Deutschland, die uns zeigt, daß es dort doch Kräfte gibt, welche objektiv und aus weiter Schau nachdenken und zum Aufbau einer neuen Welt, zum Finden richtiger Wege fähig und willig sind. Wir werden als Religiös-Soziale diesem Suchen Ergänzung und Hilfe sein können. Freilich, gerade weil wir den Autor und sein Denken ernst nehmen, können wir einen gewichtigen Vorbehalt nicht außer acht lassen: das Problem der Schuld und der Sühne – welches, wenn Deutschland sich wirklich zu fruchtbarer Zukunft finden will, zuallererst berücksichtigt werden sollte – taucht in dieser Schrift nicht auf; es wird nicht im Namen des deutschen Volkes Stellung dazu genommen. Das ist eine schwerwiegende Unterlassung, die uns aber erst recht wach halten und uns die Verpflichtung zeigen sollte, die Beziehung zu diesen neuen Kräften in Deutschland intensiv aufzunehmen und mit ihnen um Ganzheit und Wahrheit zu ringen. Dazu gehört, was uns Pfr. Strijd am Schlusse seines wichtigen Buches «Christentum und Kommunismus» sagt: «...Das Vergangene darf und kann nur dann für immer Vergangenheit bleiben, wenn es ein *verarbeitetes* und ein *vergebenes* Vergangenes ist. Das gilt für jeden Menschen persönlich, aber auch für jedes Volk. Wir haben aber die Vergangenheit noch nicht verarbeitet. Wäre das wirklich der Fall, dann würden wir zu einem ehrlichen Schuldbekenntnis kommen. Nun aber ist, allgemein gesprochen, kein Schein von Schuldbekenntnis, von Buße und Reue zu spüren. Die Vergangenheit kann erst eine verziehene Vergangenheit sein – das heißt, eine Vergangenheit, über welcher wir die Stimme von Gottes Vergebung vernommen haben –, wenn wir zu Buße und Schuldbekenntnis kommen. Wie aber können wir etwas von Vergebung wissen, wenn wir nicht begreifen, daß es etwas zu verzeihen gibt?

Das ist die tiefste Not unserer Zeit, soweit es politische, nationale und internationale Angelegenheiten betrifft: Wir kennen das Vergangene nicht als eine verarbeitete und verziehene Vergangenheit – wir wissen nur von einer *vergessenen* Vergangenheit. Nur wenn wir das Vergangene verarbeiten wollen, wenn uns das Gewesene *wirklich verziehen* ist, nur dann ist die Möglichkeit eines neuen Anfangs gegeben. Unsere Handlungsfähigkeit wird dann nicht gelähmt, sie wird vielmehr in der guten Richtung angefacht...» *(Das Redaktionskollegium)*

1. Die Doppelnatur der Gewaltpolitik

Im untergründigen Urteil und im stilleren Wissen mögen die Menschen zu aller Zeit die Herrschaft der Macht und das Regiment ihrer Gewalt als ein Übel, vielleicht als notwendiges Übel einer bösen Welt

angesehen haben. Aber nicht in der Öffentlichkeit, nur im Verborgenen und in Erfahrungen großen Leides war der Ort solcher Urteile und solchen Wissens. Und nur aus solchem Urteil und Wissen kann alle politische Macht und alles Regiment ihrer Gewalt mit dem Namen Gewaltpolitik benannt werden. Nur derjenige, der nicht allein die unordentliche Gewalt, sondern auch noch alle ordentliche und rechte Gewalt als Folge menschlichen Versagens versteht und bis in die innermenschlichen Gründe letzter politischer Entscheidungen verfolgt, ist versucht, diesen Namen so zu brauchen.

Für das öffentliche Bewußtsein und für das Selbstverständnis der politischen Ordnung waren in der Regel Überzeugungen und Meinungen dieser Art unbrauchbare und müßige, unverständliche, unverständige und unbekannte Ansichten von Außenseitern. Politische Bedeutung kam ihnen höchstens zu, wo sie, etwa in kultischem Gewande, die praktische Politik mit unpolitischen Stimmungen ergänzen oder auch nur verzieren konnten. Mag auch mancher Realpolitiker mehr von ihnen gewußt haben, für die Allgemeinheit galten sie nichts. Denn in der Not des Tages erfuhr sie ja die politische Macht immer wieder als etwas Gutes. So drückend diese auch werden konnte, sie sorgte doch dafür, daß die Bösewichter, die Diebe, Räuber und Mörder im Zaum gehalten wurden, daß die Bauern säen, die Handwerker schaffen und die Kaufleute handeln konnten, daß Friede im Lande war. Die öffentliche Macht, die für diesen Frieden sorgte, war so segensreich, daß sie den meisten Menschen nicht als gewaltpolitische Macht erschien.

Gewaltpolitik ist etwas anderes. Sie ist böse. Sie ist der öffentliche Wille der Gewalttätigen, ist öffentliche Gewalttat. Für die Allgemeinheit ist sie das Gewaltregiment, in dem Maße es als die öffentliche Ordnung zerstörend in Erscheinung tritt.

Wir brauchen nun hier nicht zu entscheiden, ob es überhaupt politische Macht gibt, die in keiner Weise Gewaltpolitik genannt werden dürfte. Für die gegenwärtige Betrachtung ist eine solche Entscheidung nicht nötig. Wir lenken vielmehr unseren Blick auf diejenige öffentliche Macht, deren gewaltpolitischen Charakter niemand bestreitet: auf die Gewalt zwischen den Menschen, die zerstört und als in stärkerem Maße zerstörend empfunden wird. Diese offensichtlich zerstörende Gewalt zwischen den Menschen meinen wir unter dem Namen der Gewaltpolitik. Nach ihrer Natur fragen wir.

Soweit wir zurückschauen, seit es Menschen gibt, ist aus den Schwierigkeiten der menschlichen Gesellschaft diese Gewaltpolitik geworden. Allzeit gab es den Willen und den Geist, der sich in Gewaltakten Raum schafft, wenn Not und Übermut diesen Raum fordern.

Im Begriff der Gewaltpolitik steckt nur zufällig das griechische Wort Polis, Stadt. Ehe es Griechen und Städte gab, gab es Gewaltpolitik, und es gibt sie heute noch, nachdem längst die Städte und ihr Staat nirgends mehr die Einheiten der öffentlichen Macht sind. Polis, wie dieses Wort

im Begriff der Politik überhaupt und im Begriff der Gewaltpolitik steckt, meint wesentlich nur das gesellschaftliche, das soziale Moment unserer menschlichen Wirklichkeit, welche Gestalt es sich auch immer schaffen mag. Der Mensch, der wesentlich nicht Einzelwesen ist und sich je nach seinen Verhältnissen findet, dieser Mensch, sofern er die Theorie und Praxis der Gewaltakte übt, ist uns der Inbegriff der Gewaltpolitik.

Wenn wir nun diesen Menschen und sein Werk durch den mannigfaltigen Lauf der Geschichte verfolgen und auf den Zusammenhang seiner Wirkungen achtgeben, so finden wir: niemals hat es Gewaltakte gegeben, die ausschließlich negativ genannt werden könnten. Wir finden: zu allen Zeiten haben der Gewaltmensch und seine Gewaltpolitik eine doppelte Rolle gespielt, eine negative und eine positive. Auf diese doppelte Rolle müssen wir achten.

Gewaltpolitik ist immer und wesentlich zerstörerisch. Der Gewaltgeist verstümmelt immer die Wirklichkeit. Es gibt keine Gewaltakte, die nicht vernichten. Vernichtung gehört zu ihrem Wesen. Gewaltpolitik ist aber niemals nur negativ und nur vernichtend. Was der Wille zur Gewalt auch immer an Zerstörungen angerichtet hat, er stiftete und sicherte zugleich doch immer wieder schlecht und recht neue politische Ordnung.

Sogar der schlimmste aller Gewaltakte, den wir uns denken können, machte keine Ausnahme. Auch den radikal bösen und nur mehr zerstörerisch erscheinenden Akt, der aus bloßer Lust an Vernichtung geschieht, sehen wir aus seiner positiven Rolle nicht vollkommen herausfallen. Wenn nicht anders, so erscheint sein Gutes noch in Quellen neuer Kraft, von denen es scheint, daß sie oft nur durch äußerste Bosheit geschlagen werden können. Und das eindringende Nachdenken erkennt, daß urböse Absicht noch positive Ursachen hat, daß sie ohne positive Gründe auch in ihrer Verneinung nicht möglich ist, daß es zur Natur alles Negativen, Zerstörenden und Bösen gehört, zwittrig zu sein und das Gute nötig zu haben, ehe es als Schlechtes möglich ist.

In der wesentlichen Zwiespältigkeit des Bösen überhaupt finden wir den letzten Grund der Doppelnatur jeder Gewaltpolitik. Und aus dem Wissen um die unaufhebbare Zwiespältigkeit alles Bösen ergibt sich, daß auch die schlimmste Gewaltpolitik nicht einfach negativ sein kann und immer noch zugleich positive Zusammenhänge behält. Es gibt Gewaltpolitik, die einfach negativ sein will. Aber all ihr negativer Wille vermag ihre Doppelnatur nicht aufzuheben.

In der Regel will Gewaltpolitik nicht negativ sein. Sie will nicht zerstören um der Zerstörung willen, sondern um irgendeines Zieles willen, das ihr wertvoll und positiv erscheint, das als positives Motiv oft auch noch dort drängt, wo Verstand und Absicht es negativ oder gar nicht findet. So kommt es, daß ein Gewaltregiment sehr selten offenkundig die Grenzen der normalen Politik soweit durchbricht, daß der Allgemeinheit hinterpolitische Zusammenhänge erschütternd deutlich und be-

wußt werden. Mag es sich vielleicht skrupellos und verbrecherisch gegen seine Gegner durchsetzen und sichern, es gewährt der Öffentlichkeit dabei doch wenigstens die Sicherheit, die es selber braucht, um sich zu erhalten. Das gilt für das Gewaltregiment der großen Welt nicht anders als für die Politik der offenen und getarnten Ortstyrannen aller Zeit.

Nicht selten stand die negative Wirklichkeit der Gewaltpolitik vollkommen im Dienst ihrer positiven Funktion. Selbst im akuten Gewaltakt konnte noch positive Absicht einziger Beweggrund sein. Das gilt besonders von der ordentlichen richterlichen Gewalt. Auch ihr äußerster Fall, die Vollstreckung eines Todesurteils, macht in den Vorstellungen der Richter keine Ausnahme. Es gilt auch für die rechte politische Gewalt. Es galt in der Vergangenheit noch von der äußersten Weise dieser politischen Gewalt, vom Krieg als der ultima ratio, als dem letzten sinnvollen Mittel vergangener Politik. Die Wirklichkeit des Krieges und das nüchterne Wissen um seine Gewalt wogen ja das Regiment der Welt aus, mäßigten die Kleinen und setzten auch den Großen Grenzen, die sie nicht ungestraft überschreiten konnten, mochten ihr Gewaltgeist und die Versuchung zu Gewaltakten auch noch so groß sein.

Was durch solche Betrachtungen und Feststellungen als Doppelnatur der Gewaltpolitik sichtbar wird, läßt sich durch einen Vergleich treffend deutlich machen: Wie die Krankheit eines Menschen das akute Stadium einer Krise zu seiner neuen Gesundheit ist, so war die Gewaltpolitik der Vergangenheit im akuten Stadium des Gewaltaktes eine Krise zu einer gewissen neuen politischen Gesundheit. Was wirklich negativ an ihr war, stand zugleich helfend und ausgleichend im Dienst einer positiven öffentlichen Ordnung. Wie es zur Natur der Krankheit gehört, zu zerstören, um zu heilen, also negativ und positiv zugleich zu sein, so dürfen wir sagen, die Doppelheit der Gewaltpolitik, einerseits negativ und zerstörerisch zu sein, andererseits positiv-aufbauend, herstellend und erhaltend, gehöre zu ihrem Wesen, sie mache ihre Natur aus.

2. *Die moderne Veränderung der gewaltpolitischen Natur*

Wer erkennt, daß die Natur der Gewaltpolitik ebenso wesentlich eine positive Seite hat wie eine negative, muß zugleich die tiefgreifende Veränderung bemerken, die allmählich und immer stärker in der Natur der Gewaltpolitik vor sich gegangen ist und seit den beiden Weltkriegen in großen Sprüngen erfolgt. Die technische Entwicklung der jüngsten Zeit verleiht der Gewaltpolitik nun fast unbeschränkte Möglichkeiten, zu zerstören. Sie nötigt und zwingt ihr auf, diese Möglichkeiten der Vernichtung wahrzunehmen. Da der gewaltpolitische Machtkampf seiner Natur nach aus sich heraus das Äußerste tun muß, um «erfolgreich» zu bleiben, muß er sich schließlich der fast unbeschränkten Möglichkeiten bedienen. Seine zerstörerische Natur wächst unvermeidlich und immer offenkundiger ins Unabsehbare. Zwar bleibt auch jetzt noch die alte

Doppelnatur der Gewaltpolitik, sofern der Mensch hinter allen Trümmern, die sie schaffen wird, noch einen guten Sinn setzt und einen Sinn auch dort noch annimmt, wo keiner mehr greifbar zu sein scheint und ist.

Es besteht kein Anlaß, anzunehmen, unsere Wirklichkeit überhaupt gehe in Sinnlosigkeit unter. Im Gegenteil, die Schwierigkeiten dieser unserer Wirklichkeit erzeugen die Sinnfrage neu und treiben Antworten hervor, die unser gesamtes Denken und Handeln zu neuem Sinn revolutionieren. Für die moderne Gewaltpolitik sind die Antworten von größter Wichtigkeit, sofern sie das politische Bewußtsein aus seinem bisherigen Glauben, Politik sei selbständig und könne sich wenig nach außerpolitischen Zusammenhängen richten, heraussprengen. Sie sind wichtig, sofern in ihnen ein neues politisches Bewußtsein vorbereitet wird.

Für die innere Funktion der alten «Politik nach ihren eigenen Gesetzen» ist aber zunächst eine andere Einsicht einflußreicher: in den gewaltpolitischen Folgen, die sie nach ihren eigenen Gesetzen hervorruft und hervorrufen muß, im abzusehenden zwangsläufigen Ausbruch ihrer eigenen Katastrophe findet sie selbst keinen Sinn mehr. Während noch im zweiten Weltkrieg eine Kriegspartei mit ziemlicher Sicherheit errechnen konnte, wann sie die andere Seite unter Material ersticke und so den Sieg erringe, läßt die gewaltpolitische Entwicklung heute je länger je weniger nüchtern eine sichere Berechnung zu. Das ist so offensichtlich, daß einige Machtgruppen aus Sorge vor dem schwindenden Vorteil noch schnell den Krieg wollen, ehe alle Aussicht auf Erfolg und und Nutzen verschwunden ist. Ihr Wille kann den Krieg nicht unmittelauslösen, aber er ist eine der Kräfte auf die Katastrophe hin, die auszumalen manche Phantasie in Angst und Sorge sich bemüht.

Auch wenn wir jener Phantasie, die den Untergang der Menschheit und ihrer Welt als notwendiges Ende und reale Gefahr der modernen Gewaltpolitik ausmalt, Grenzen setzen, müssen wir zugeben, daß die moderne Gewaltpolitik sich der politischen Sinnlosigkeit offenkundig zubewegt, dahin, wo jeder von uns, auch der Politiker selbst, nur mehr politische Zerstörung und keinen positiven politischen Sinn mehr erkennt. Die moderne Gewaltpolitik treibt zum Wettrüsten, das Wettrüsten saugt alle Kräfte, nicht nur die wirtschaftlichen und politischen, sondern auch die die kulturellen in sich auf, wird zur totalen Vorbereitung des totalen Krieges und endet aus sich notwendig in diesem totalen Krieg, in einem Krieg, dessen politischer Sinn nicht erst unter dem Eindruck seiner Zerstörungen geleugnet werden wird, sondern jetzt schon verneint ist. Die in diesem Kriege endende moderne Gewaltpolitik weiß ihr blutiges Ende nicht mehr als ultima ratio. Ihr Krieg ist nach ihrer eigenen Überzeugung nicht mehr ihr letztes sinnvolles Mittel. Der künftige Krieg verspricht, ihre ultima irratio zu werden, der politische Unsinn der verzweifelten modernen Gewaltpolitik, den die Gewaltpolitiker selber nicht mehr wollen, den sie aber machen, als wollten sie ihn.

Wenn wir den Vergleich der Krankheit auf diese moderne Entwicklung der Gewaltpolitik anwenden wollen, können wir nicht mehr sagen, sie sei Krankheit zu neuer politischer Gesundheit. Die moderne Gewaltpolitik ist Krankheit zum politischen Tode geworden.

3. *Der Anfang der modernen Gewaltlosigkeit*

Auch wer die inneren Zusammenhänge der modernen Politik, die diese zu einer unsinnigen Gewaltpolitik machen, nicht genügend oder gar nicht sieht, kann einfach aus den äußeren Tatsachen ablesen, wie sie sich zur totalen Vorbereitung des totalen Krieges entwickelt und diesen aus der wirklichen und angeblichen Absicht, ihn zu verhindern, herbeiführt. Immer seltener werden diejenigen, die den Krieg nicht wollen und ihn auch nicht wider ihren Willen machen. Eine ins Ungeheure wachsende Rüstungssuggestion ergreift endlich auch den schwankenden und den ablehnenden Willen und läßt ihn schließlich ja gegen sich selber sagen. Es gibt nur ein Bild, das diese eigenartige Entwicklung treffend kennzeichnet: Je länger je mehr verwandelt die moderne Welt sich in einen einzigen Mechanismus, der wie eine Höllenmaschine exakt seiner Detonation zuarbeitet. Unsere Welt wird selbst eine Art Höllenmaschine, in der wir sitzen, von der wir wissen, daß sie explodieren wird, und in der wir mit vollem Bewußtsein ein Rädchen und Zähnchen des Uhrwerkes sind, das auf Explosion entweder schon eingestellt ist oder bald eingestellt sein wird.

Als kurios emfinden wir den Eifer, mit dem wir uns für unsere Selbstvernichtung plagen, die Wachheit, in der wir unsere Selbstvernichtung als Werk unserer eigenen Hände verstehen, die Ablehnung dieses Werkes unserer eigenen Hände, unsere Ohnmacht, in der wir dieses Werk doch verrichten und die Ablehnung unwirklich machen.

Aber noch ist die Katastrophe nicht da. Noch liegt derjenige Teil unserer Geschichte vor uns, in dem die moderne Gewaltpolitik ihre doppelte Natur verliert, keinen positiven politischen Sinn mehr zeigt und politisch negativ, sinnlos und zerstörend wird. Und die sich vollziehende Spaltung der gewaltpolitischen Doppelnatur läßt die positive Funktion der modernen Gewaltpolitik nicht spurlos verschwinden. Das Wissen um die negative Zukunft zieht vielmehr die positive Funktion der Gewaltpolitik stark in die Gegenwart und schafft etwas in der Menschenwelt, was noch nie in ihr war. Vor dem einseitigen Triumph der negativen Natur der Gewaltpolitik hat sich ihre positive Natur zu einem positiven Impuls zusammengeballt, der nichts Negatives an sich hat, der als Frage, als zwingende Forderung und als harrende Kraft solange real ist, bis die negative Natur der Gewaltpolitik die bestimmende politische Realität wird.

Die Sorge vor dieser negativen Entwicklung ist den Menschen über alle ihre Gegensätze hinweg gemeinsam. Sie ist und schafft das erste

aktuell-politische Gemeinsame der Menschheit. Dem passiven Zuschauer stellt sich in diesem Gemeinsamen freilich noch wenig dar. Unerfüllt und ungestaltet ist da ein Wille, in dem Angst die Vorherrschaft hat, in dem der teilnahmslose Betrachter alles Gemeinsame nur als Beieinander vieler Spielarten der Furcht erkennt. Nur derjenige, dessen Sorge sich frei von Angst und Furcht macht, gewahrt, wie auch noch in der Angst und Furcht die alte Welt zu radikalen Veränderungen drängt. Er sieht: eine neue Welt bereitet sich in Angst, Furcht und Sorge aller vor.

Die Veränderungen, in denen die heutige Menschenwelt begriffen ist, lassen sich immer mehr als so gewaltig und umstürzend erkennen, daß wir von einer kopernikanischen Wendung der modernen Gewaltpolitik sprechen dürfen. Während im ganzen die alte Welt scheinbar und wirklich noch unverändert weiterrollt, ist zum erstenmal in der Geschichte der Fall eingetreten, daß nicht mehr nur der private, verlassene und verlorene Einzelne aus sittlichen und religiösen Motiven den gewalttätigen Willen und seine Formen verwirft. Der Politiker als Politiker sieht sich genötigt, seine eigene Gewaltpolitik zu verwerfen. Seine eigene realpolitische Einsicht in die Sinnlosigkeit seiner traditionellen Politik bereitet ihn selbst und sein Werk für das unbekannte Neue. Und die Sorge der Menschen vor den Folgen des bekannten Alten bietet sich als unerschöpflicher und unendlicher Quell der Kräfte dar, das Neue zu gestalten. Bisher waren die Menschen, die gewaltlos zu denken und zu handeln versuchten, in real- und tagespolitischer Hinsicht Utopisten. Wo sie die Gewaltlosigkeit zur politischen Forderung erhoben, mußten sie als naive Schwärmer erscheinen, ohne jede Bedeutung für den Lauf der öffentlichen Dinge. Anders als mittelbar – etwa wie Jesus und der hl. Franz – konnten sie auf die Politik nicht wirken. Sie waren politisch nicht amtsfähig. Das wird allmählich anders. Nicht weil der moderne Politiker durch pazifistische Lehren bekehrt worden wäre, sondern weil er erkennen muß, daß er mit seiner eigenen Politik am Ende ist, daß ihr negativer Zusammenhang sie unsinnig macht, also von innen heraus kommt er dazu, seine eigene Politik zu verwerfen. Gewaltloser Wille ist nur mehr ein anderes Wort für die sich selbst verwerfende Gewaltpolitik. In der Verwerfung erzeugt die herrschende Politik politische Chancen, die wir als Chancen des gewaltlosen Willens und als erste Aussicht auf unmittelbare politische Wirkung dieses Willens bezeichnen.

Im groben Gang der Allgemeinheit äußert die sich hier vollziehende Wandlung sich zunächst nur in der aufmerksamen Achtung, die der gewaltlose Wille nach seinem ersten großen realpolitischen Einbruch in die moderne Welt wachsend auch bei Politikern findet. Im stillen vollzieht sich aber mehr. Eine Umkehrung der Rollen findet statt. Die Zeit ist gekommen, da die gewaltlosen Utopisten und Schwärmer Realpolitiker werden können und müssen. Die Zeit ist gekommen, da die «Real-

politiker» ideologisch verrannte Utopisten werden, wenn sie sich nicht von ihren gewohnten gewaltpolitischen Vorstellungen und Praktiken lösen. Eine doppelte Revolution ist im Gange. Nicht nur die Traditionen der alten Gewaltpolitik werden aufgehoben. Auch der Charakter des alten Pazifismus wird verändert. Wir müssen uns bewußt in den Dienst der doppelten Veränderung stellen. Dem alten Pazifismus bewußt machen, daß seine utopische Periode zu Ende geht, ist ähnlich wichtig, wie die Realpolitiker zu veranlassen, theoretisch und praktisch zu berücksichtigen, daß ihre alte Realpolitik schon länger begonnen hat, utopisch zu werden.

Es ist natürlich und verständlich, daß die moderne Gewaltpolitik zunächst Zuflucht zu Kompromissen sucht. Sie muß sich soweit mäßigen wollen, daß sie wieder in den Rahmen ihrer eigenen Vernunft kommt. Aber es liegt in der Natur der Gewaltpolitik und im Zwang ihrer gegenwärtigen Weltverfassung, daß alle Versuche zu Kompromissen am Ende erfolglos bleiben. Der einzige Sinn versuchter Kompromisse ist vielleicht darin zu sehen, daß sie Zeit gewinnen helfen, die die radikalen Konsequenzen aus der modernen Gewaltpolitik heraus brauchen, um politisch wirksam zu werden.

Wir ziehen diese Konsequenzen als politische Konsequenzen mit unserer ganzen Existenz. Da sie realpolitische Konsequenzen sind, müssen wir wollen, daß sie politisch, das heißt allgemein und auch von den Politikern gezogen werden. Die Gesamtheit der radikalen Konsequenzen aber nennen wir die gewaltlose Konsequenz der modernen Weltpolitik.

4. *Die historische Definition der politischen Gewaltlosigkeit*

Wer eine allgemeingültige und zeitlose Definition der politischen Gewaltlosigkeit sucht, muß die Ursachen der Gewaltpolitik und die Folgen der Gewaltlosigkeit mit in die Definition hereinnehmen. Er muß etwa sagen, gewaltlos sei diejenige Politik, die selbst auf politische Gewaltakte verzichtet und allgemeine Verhältnisse schafft, die keinen Boden für gewaltpolitische Krisen lassen. Das heißt, er muß ein «Ideal» entwerfen, das vollkommen von den Spannungen absieht, in denen sich die menschliche Geschichte entwickelt, und so leer ist, daß es überall und nirgends paßt und politisch wenig nützlich, ja zuweilen schädlich ist.

Aus diesem Grund und aus anderen Gründen, die erst im Verlauf der Untersuchung zur Sprache kommen können, verzichten wir ausdrücklich auf eine unhistorische Definition der politischen Gewaltlosigkeit. Und den Verzicht auf eine unhistorische Definition, die Bindung des Begriffs der politischen Gewaltlosigkeit an seine historische Situation nennen wir die historische Definition der Gewaltlosigkeit.

Wir wollen lediglich für unsere Zeit, für unsere moderne Welt in ihrer gegenwärtigen Situation die Konsequenzen ziehen, von denen

nachzuweisen ist, daß sie möglich und historisch notwendig sind. So ist die gewaltlose Konsequenz der modernen Gewaltpolitik zu verstehen.

Aber auch diese moderne Konsequenz sagt noch nicht, daß in der modernen Welt die politische Gewaltlosigkeit überall auf demselben Wege und zum selben Inhalt zu ziehen ist. Ihr Motiv ist gleich. Aber aus demselben Motiv beschreitet der gewaltlose Wille in den verschiedenen Situationen notwendig verschiedene Wege auf verschiedene Ziele. Wenn Gandhi als der erste Meister der modernen politischen Gewaltlosigkeit unter gewissen Umständen zur Gewalt rät, drückt sich darin unmißverständlich die Bindung gewaltlosen Verhaltens an gewisse Voraussetzungen aus. Gandhi meint dabei vor allem, daß der gewaltlose Wille selbst stark und kräftig entwickelt sein müsse. Und sicher ist es richtig, daß in jeder Situation der gewaltlose Wille als so stark gedacht werden kann, daß er in jeder Situation als möglich und wirksam angenommen werden muß. Die Forderung der entsprechenden Wirkung gilt insofern immer und für alle. Und dennoch wagten wir sie schwerlich nüchtern und praktisch zu denken, wenn die moderne Situation sie nicht über die bloße Denkarbeit hinaustriebe, so hoffnungsvoll verlangte und ihr besondere politische Aussichten eröffnete.

Wie muß der gewaltlose Wille diese Aussichten nun wahrnehmen? Sie gelten zum Beispiel doch auch für die beiden Vormächte der gegenwärtigen gewaltpolitischen Entwicklung der Welt, für die USA und die SU. Könnte nun etwa der Präsident der Vereinigten Staaten plötzlich radikale Forderungen der Gewaltlosigkeit in Amerika durchsetzen wollen? Dürfte Stalin für die Sowjetunion und den Weltkommunismus plötzlich die Parole der radikalen Gewaltlosigkeit ausgeben? Das Äußerste, was jeder von beiden tun könnte, wäre vielleicht, zurückzutreten. Ein solcher Rücktritt könnte die gewaltlose Entwicklung der Welt unter günstigen Umständen einen großen Sprung vorwärtsbringen. Aber die Gewaltpolitik beider Mächte änderte sich zunächst nicht.

Erst wenn von unten herauf und greifbar in Wirtschaft, Politik und Kultur die Kräfte gewachsen sind, die eine gewaltlose Politik zu tragen vermögen, kann und muß sie werden. Unter den herrschenden Bedingungen zur gewaltlosen Politik übergehen wollen, würde für die USA heißen, an die Stelle einer starken Politik eine schwache und schwankende setzen wollen. Und wenn Moskau jetzt die Gewaltlosigkeit proklamierte, brächte es die gesamte Welt in beträchtliche Unordnung.

Die gewaltlose Politik hat nur Aussicht, sie ist nur möglich, wo sie die stärkere Politik ist. Ihre Stärke braucht nicht in Quantität zu bestehen. Im Gegenteil, der gewaltlose Wille führt Kräfte in die Politik ein, die nach gewaltpolitischen Vorstellungen wenig bedeuten. Das beste Beispiel ist die gewaltlose Kolonialrevolution Indiens. Wie immer sie beurteilt werden mag, ohne die stille persönliche Leistung des einen mittellosen Menschen Gandhi ist sie als gewaltlose Revolution nicht denkbar. Der gewaltlose Wille kann dem politischen Gesetz der Stärke

durch neue Kräfte neue Möglichkeiten eröffnen. Aber er hebt dieses Gesetz, nach dem der Stärkere entscheidet, nicht auf. Solange irgendwo zur Gewaltlosigkeit übergehen bedeutet, aus einem starken Politiker einen schwachen machen, ist der gewaltlosen Politik selbst dann nicht gedient, wenn durch ein besonderes Schicksal und durch letzte persönliche Entscheidung ein starker Politiker sich zur Gewaltlosigkeit bekennte. Sein *Bekenntnis* müßte stark sein, und es wäre erst stark, wenn es quantitativ oder qualitativ den Gegenkräften gewachsen wäre. In jedem anderen Fall kostete es dem Bekennenden seinen politischen Einfluß. Überall, wo starke Gewaltpolitik herrscht, kann die gewaltlose Konsequenz nicht anders wirklich werden als dadurch, daß ihr Wille in Theorie und Praxis sich durch persönliche Leistung und Opfer entwickelt, bis auch der Gewaltpolitiker mit der Gewaltlosigkeit als einem politischen Faktor zu rechnen beginnt. Entwicklung von unten herauf ist nötig. Allerdings gilt dieses Von-unten-Herauf nicht nur für Menschen, die ohne öffentliches Amt sind. Jeder Mensch, gleich wie niedrig oder hoch er gestellt erscheint, nimmt mit seinem ganzen persönlichen Gewissen, mit all seinen Möglichkeiten, mit seiner ganzen Existenz an der Entwicklung von unten herauf so oder so teil.

Wer wollte in Worten die Buntheit einfangen und vorwegnehmen, in der der lebendige Wille die gewaltlose Konsequenz der modernen Welt überall zieht und zu verwirklichen beginnt. Der gewaltlose Wille wird auch heute schon Forderungen aufstellen, von denen er weiß, daß sie heute und morgen noch nicht zu verwirklichen sind. Sie sind richtig und dienen dem neuen Bewußtsein. Aber er weiß und muß wissen: eine unmittelbare politische Chance hat der gewaltlose Wille nur dort, wo jeder Versuch von Gewaltpolitik offenkundig schwächer und schlechter ist als erklärte und ernsthafte gewaltlose Politik.

Dieser letzte Satz wendet das Gesetz der historischen Notwendigkeit in einer besonderen Weise auf den gewaltlosen Willen an. Er bestreitet nicht, daß zu jeder Zeit der gewaltlose Wille bedeutend in die Politik wirken kann. Er schränkt auch die Feststellung nicht ein, daß die gewaltlose Konsequenz für die ganze moderne Welt reif und fällig ist. Er gibt aber dem, was wir als historische Definiton der Gewaltlosigkeit bezeichnet haben, den offenkundigsten Sinn und die eigentliche politische Aussicht: Erst dort, wo eine starke Politik gar nicht mehr anders als gewaltlos sein kann, besteht die reale Möglichkeit, die Gewaltlosigkeit unmittelbar politisch wirksam zu machen. Überall sonst dringt der gewaltlose Wille trotz der Verderblichkeit und dem Widersinn der traditionellen Politik nur langsam in diese ein. Die entscheidenden Einbrüche in die herkömmliche Welt erfolgen dort, wo die gewohnten Mittel hoffnungslos verbraucht sind und die Not zwingt, die neuen Mittel einer neuen Politik zu entwickeln.

Nikolaus Koch